

7 Fragestunde

Beginn Fragestunde: 12.22 Uhr

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir kommen jetzt zur Fragestunde. Es ist jetzt 12.22 Uhr und ich darf Herrn Gemeinderat Pointner bitten, seine Frage an Herrn Stadtrat Robert Krotzer zu stellen.

7.1 Frage 1: Absicherung der kommunalen Impfprämie (GR Mag. Pointner, Neos an StR Mag. Krotzer, KPÖ)

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtsenates, sehr geehrte Damen und Herren des Magistrates, der Schriftleitung, werte Vertreter:innen der Presse und der Medien, liebe Zuhörer:innen und Zuseher:innen im Livestream, liebe Kolleg:innen des Gemeinderates. Meine Frage betrifft die Absicherung der kommunalen Impfprämie. Sehr geehrter Herr Stadtrat Krotzer am 20. Jänner 2022 hat der Nationalrat die viel diskutierte Corona-Impfpflicht beschlossen. Zuvor hat der Bundeskanzler Karl Nehammer noch ein Milliarden-Paket zur Schaffung von Impf-Anreizen präsentiert. Davon sollen auch die österreichischen Gemeinden profitieren, indem diese zusätzliche finanzielle Mittel bekommen. Das Ausmaß richtet sich nach der Höhe der Impfquote der jeweiligen Kommune. Uns so bekäme die Stadt Graz diese Zweckzuschüsse des Bundes in Höhe von rund 2,7 Mio. Euro für eine 80-prozentige Impfquote, 5,5 Mio. Euro für 85 % und noch einmal 10,9 Mio. Euro drauf on Top für eine 90-prozentige Impfquote. Das wären insgesamt 19,1 Mio. Euro, die Graz bis Ende des Jahres 2022 lukrieren könnte. Jetzt haben wir aber mit Stand 13. Februar eine Impfquote von nur 74,6 %, und das ist, wie wir wissen, weiter weg von den 80 % als man denkt. Die Impfpflicht wird wohl vielleicht einen gewissen Teil zur Steigerung der Impfquote beisteuern, aber man soll

vielleicht nicht ganz darauf vertrauen, und wir brauchen, glaube ich, noch einmal einen Impfturbo, besonders, weil sich gefühlsmäßig jetzt schon alle wieder viel zu sicher fühlen, dass im Herbst eh nichts passieren wird, aber die Wissenschaft weiß, es wird im Herbst wieder etwas passieren. Wir werden wieder eine Welle haben, das Virus ist nicht tot, das Virus ist da und es mutiert auch. Der Bund wird auch zusätzliche Mittel für Informationskampagnen der Kommunen zur Verfügung stellen und es wäre eigentlich unverantwortlich, auf diese 19,1 Mio. zu verzichten. Daher meine

Frage

gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Krotzer,

wie werden Sie sich als Gesundheitsstadtrat dafür einsetzen, die Grazer Impfquote auf über 90 % der Bevölkerung ab 5 Jahre innerhalb diesen Jahres zu steigern, um damit die volle Impfprämie von 19,1 Mio. Euro für die Stadt Graz sicherzustellen?

Originaltext der Frage:

Am 20. Jänner 2022 beschloss der österreichische Nationalrat die viel diskutierte Corona-Impfpflicht. Zuvor präsentierte Bundeskanzler Karl Nehammer noch ein Milliarden-Paket zur Schaffung von Impf-Anreizen. Davon sollen auch die österreichischen Gemeinden profitieren, indem diese zusätzliche finanzielle Mittel bekommen, deren Ausmaß sich nach der Höhe der Impfquote in der jeweiligen Kommune richtet. Die Stadt Graz bekäme diese Zweckzuschüsse des Bundes in Höhe von rund 2,7 Mio. Euro für eine 80-prozentige Impfquote, in Höhe von rund 5,5 Mio. Euro für eine 85-prozentige Impfquote und in Höhe von rund 10,9 Mio. Euro für eine 90-prozentige Impfquote. Das wären insgesamt 19,1 Mio. Euro, die Graz bis Ende des Jahres 2022 lukrieren könnte. Mit Stand 13. Februar 2022 lag die zu berücksichtigende Impfquote in der Stadt bei 74,6 % und damit noch relativ weit von

der Erreichung der ersten Stufe zur Beanspruchung der kommunalen Impfprämie entfernt.¹

Die Impfpflicht wird ihren Teil zur Steigerung der Impfquote beisteuern, doch wäre es aus Sicht der Grazer Steuerzahler:innen fahrlässig, alleine darauf zu vertrauen. Graz braucht deshalb noch einmal einen Impfturbo mit einem niederschweligen und quer durch die Bevölkerung bekannten Impf-Angebot, um die volle kommunale Impfprämie für die Grazer Steuerzahler:innen sicherzustellen. Da der Bund zusätzliche Mittel für die Informationskampagnen der Kommunen zur Verfügung stellt, müsste die Stadt Graz keine außerordentlichen Ausgaben tätigen. Es wäre daher unverantwortlich, würde die Stadt auf diese Möglichkeiten verzichten und die Zweckzuschüsse des Bundes nicht abrufen. 19,1 Mio. Euro sind keine Kleinigkeit und könnten im Sinne der Grazer Bürger:innen zweckmäßig reinvestiert werden.

Daher stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Krotzer,

wie werden Sie sich als Gesundheitsstadtrat dafür einsetzen, die Grazer Impfquote auf über 90 % der Bevölkerung ab 5 Jahre innerhalb diesen Jahres zu steigern, um damit die volle Impfprämie von 19,1 Mio. Euro für die Stadt Graz sicherzustellen?

StR Mag. Krotzer:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, vielen Dank für die Frage. Ich darf ganz offen sagen, dass ich nach zwei Jahren als Gesundheitsstadtrat, also bin ich zwar schon länger, aber seit zwei Jahren Covid-Pandemie, etwas vorsichtig geworden bin, was vollmundige Ankündigen der Bundesregierung betrifft. Ich habe mir das gestern noch einmal herausgesucht, wir haben gehabt: den Corona-Bonus für Handelsbeschäftigte, das

¹ <https://www.impfen.steiermark.at/cms/ziel/162826890/DE/>

Licht am Ende des Tunnels im August 2020, die versandtkostenlosen FFP2-Masken, der sogenannte Ketchup-Effekt bei den Impfungen, der Ankauf von über 1 Millionen Dosen Sputnik-Impfstoff, eine eigenständige Impfstoffproduktion in Österreich, Stichwörter wie Pandemie gemeistert, eine coole Zeit oder das Ende der Pandemie für Geimpfte, die mehrfache Ankündigung keines weiteren Lockdown oder auch die zuletzt abgesagte Impflotterie. Viele von diesen Ankündigungen haben sich letztendlich als mediale Seifenblasen entpuppt und auch damit wesentlich dazu beigetragen, dass das Vertrauen in breiten oder zumindest in beachtlichen Teilen der Bevölkerung in das Pandemiemanagement eingeschränkt ist, und nicht zuletzt ein Niederschlag dessen ist die deutlich ausbaufähige Impfquote in ganz Österreich. Die von Ihnen angesprochene Impfprämie für Städte und Gemeinden ist eine weitere Ankündigung, zu der gibt es bisher weder einen Gesetzesentwurf noch einen konkreten Fahrplan. Seit der medialen Ankündigung am 23. Jänner gab es seitens der Bundesregierung auch keine weiteren Informationen. Selbstverständlich werden wir Thematik weiter im Auge behalten und selbstverständlich wäre es für Städte und Gemeinden sehr wichtig, dass die Pandemie-bedingten Mehrkosten entsprechend abgegolten werden. Ich habe in dem Zusammenhang auch schon im Juni 2020 einen offenen Brief an den damaligen Bundeskanzler und auch an den Gesundheitsminister geschrieben, um etwa auch einzufordern, dass die Gesundheitsämter und auch die Bezirkshauptmannschaften bei der Bewältigung des Contact-Tracings unterstützt werden, was leider ausgeblieben ist. Ich habe, um es auch ganz offen zu sagen, etwas Zweifel daran, ob es der richtige Weg ist, diese finanzielle Unterstützung der Gemeinden an eine lokale Impfquote zu koppeln. Wir haben die Situation gehabt, dass in den entscheidenden Monaten, im Sommer und im Herbst, die Impfkampagne weitgehend stillgestanden hat, mit der bekannten Folge, dass wir österreichweit bei 73,2 % aktuell Impfquote liegen, also auch hier sehr überschaubar; das jetzt sozusagen auf die Gemeinden und Städte zu übertragen, von denen man Impfquoten von bis zu 90 % verlangt, kann man durchaus auch als ein Abwälzen bezeichnen. Nichtsdestotrotz werden wir all unsere Bemühungen fortsetzen, ich habe darauf ja auch schon in der Jänner-Sitzung und auch in der Dezembersitzung sehr ausführlich eingehen können, was wir seitens der Stadt

organisiert haben, was wir weiter organisieren, also es wird auch im Februar und im März und darüber hinaus niederschwellige Impfkampagnen in den Stadtteilen geben, und die nächste davon findet übrigens am 26. Februar in der Smart City statt, auch dafür werden wir wieder 7.500 Flugblätter in der Nachbarschaft austragen.

GR Mag. **Pointner**:

Es ist für mich ein bisschen unzufriedenstellend, dass man sagt, es wird eh nicht kommen. Ich gehe lieber positiv davon aus, dass da schon Geld veranschlagt ist.

Glauben Sie wirklich, dass das, wenn wir jetzt sagen, dass die weitere Welle wirklich kommen wird, dass das Gesundheitsamt finanziell so gut ausgestattet ist, dass man auf diese möglichen 19,1 Mio. verzichten kann?

StR Mag. **Krotzer**:

Also zusätzliche Mittel können wir natürlich immer brauchen, das ist überhaupt keine Frage, und zusätzliche Menschen, die die Impfung in Anspruch nehmen, brauchen wir auch, auch im Hinblick auf das weitere Pandemiegeschehen, das ist überhaupt keine Frage. Gleichzeitig haben wir aber ja auch gestern die Ankündigung erlebt, weitreichende Lockerung der Maßnahmen, Aufhebung der Maßnahmen, dass sozusagen auch 2G in der Gastronomie aufgehoben wird, jedenfalls außerhalb von Wien. Von daher, um es ganz einfach realistisch zu sagen, weil, ich glaube, es bringt auch nichts, wenn wir uns dazu in die eigene Tasche lügen, ich glaube, wie es letztens auch vom Land Steiermark formuliert wurde, gegenwärtig bewegen wir uns im Millimeterbereich, was zusätzliche Impfungen betrifft. Ich sehe da sozusagen die ganz große Trendumkehr nicht, nichtsdestotrotz werden wir uns weiter bemühen, das ganz niederschwellig auch eben in den Stadtteilen anzubieten, und nach wie vor gibt es ja die Möglichkeit, sich an sieben Tagen in der Woche, Montag bis Sonntag, hier eben am Messegelände impfen zu lassen. Wir haben auch in der letzten Ausgabe der BIG wieder auch die Information für die Bevölkerung gehabt, die an jeden Haushalt gegangen ist.

Also ich glaube, wir leisten unser Möglichstes oder weit über das hinaus, was sozusagen die Vorgabe wäre, aber sozusagen, dass wir offenbar ja bundesweit wirkende Trends im Zusammenhang mit der Impfung hier auf lokaler Ebene soweit aufheben können, dazu fehlt mir ehrlich gesagt der Glaube, aber Optimismus sollte man dennoch nie aufgeben. Danke (*Appl.*).

7.2 Frage 2: Nationaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderung (GR Ulrich, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

GR Ulrich:

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Mein Name ist Philipp Ulrich, ich bin Sprecher für Menschen mit Behinderung der KPÖ Graz und voll im Arbeitsleben stehender und seinen Beruf liebender Behindertenbetreuer. Als Behindertenbetreuer beschäftigt man sich natürlich viel mit den Menschen, ihren Bedürfnissen und ihren Ressourcen, aber natürlich auch mit den Rahmenbedingungen. Eine dieser Rahmenbedingungen, und, geschätzte Kolleg:innen, eine der größten und zentralsten für unseren Bereich, der Nationale Aktionsplan für Menschen mit Behinderung, steht in den Startlöchern. Und deshalb würde es mich und die restlichen Menschen aus dem Behindertenbereich interessieren, was da von Stadtseite geplant ist. Deshalb meine Frage an den geschätzten Kollegen Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

am 26. September 2008 wurde die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung von Österreich ratifiziert. Dabei handelt es sich um einen internationalen Vertrag, bei dem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten, die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten. Diese

Konvention muss bei der Gesetzgebung und der Vollziehung (Verwaltung und Rechtsprechung) berücksichtigt werden.

Als Instrument zur Umsetzung wurde der Nationale Aktionsplan für Menschen mit Behinderung (NAP) 2012 ins Leben gerufen, der bis Ende 2021 lief. Corona-bedingt gab es da natürlich unterschiedliche Ablaufzeiten.

Die Evaluierung zeigte, dass es in vielen Bereichen wie Diskriminierungsschutz, Barrierefreiheit, Beschäftigung, selbstbestimmtes Leben und Gesundheit noch viel Handlungsbedarf gibt. Auch im Bildungsbereich hat man sich von einem inklusiven Bildungssystem eher entfernt, als sich diesem angenähert. Eine groß angelegte Petition „Inklusive Bildung JETZT“ hat dieses Thema aufgenommen und wurde im Nationalrat behandelt.

Der kommende NAP tritt laut Bundesminister Dr. Mückstein mit Ende des ersten Quartals 2022 in Kraft und soll bis 2030 laufen. Expertinnen und Experten aus den Bundesländern, den Gemeinden bzw. den Selbstvertretungen arbeiten gerade intensiv an Details für die kommende Periode. Auch auf EU-Ebene wird im Moment die europäische Behindertenstrategie 2021-2030 ausgearbeitet.

Aktuell ist also viel in Bewegung und wir als Stadt der Menschenrechte können und sollten hier eine entscheidende Vorreiterrolle einnehmen.

Daher stelle ich Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Inwiefern, Herr Stadtrat, haben Sie sich am aktuellen Prozess (NAP 2022) beteiligt, um Fördermittel für Inklusionsprojekte in Graz zu sichern (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Am 26. September 2008 wurde die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung von Österreich ratifiziert. Dabei handelt es sich um einen internationalen

Vertrag, bei dem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten, die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten. Diese Konvention muss bei der Gesetzgebung und der Vollziehung (Verwaltung und Rechtsprechung) berücksichtigt werden.

Als Instrument zur Umsetzung wurde der Nationale Aktionsplan für Menschen mit Behinderung (NAP) 2012 ins Leben gerufen, der bis Ende 2021 lief.

Die Evaluierung zeigte, dass es in vielen Bereichen wie Diskriminierungsschutz, Barrierefreiheit, Beschäftigung, selbstbestimmtes Leben und Gesundheit noch viel Handlungsbedarf gibt. Auch im Bildungsbereich hat man sich von einem inklusiven Bildungssystem eher entfernt, als sich diesem angenähert. Eine groß angelegte Petition „Inklusive Bildung JETZT“ hat dieses Thema aufgenommen und wurde im Nationalrat behandelt.

Der kommende NAP tritt laut Bundesminister Dr. Mückstein mit Ende des ersten Quartals 2022 in Kraft und soll bis 2030 laufen. Expertinnen und Experten aus den Bundesländern, den Gemeinden bzw. den Selbstvertretungen arbeiten gerade intensiv an Details für die kommende Periode. Auch auf EU-Ebene wird im Moment die europäische Behindertenstrategie 2021-2030 ausgearbeitet.

Aktuell ist also viel in Bewegung und wir als Stadt der Menschenrechte können und sollten hier eine entscheidende Vorreiterrolle einnehmen.

Daher stelle ich Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Inwiefern haben Sie sich am aktuellen Prozess (NAP 2022) beteiligt, um Fördermittel für Inklusionsprojekte in Graz zu sichern?

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Ulrich, es freut mich sehr, dass Sie diese Frage heute stellen, und mich freut es, dass wir einen weiteren engagierten Mann hier in unseren Reihen haben, der sich für die Inklusion einsetzt. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen, ich bin selbst karencierter Mitarbeiter der Lebenshilfe, ich war selbst 12 Jahre lang als Behindertenpädagoge tätig, das heißt, wir sind Kollegen, was den Arbeitgeber betrifft. Und mich freut es wirklich, dass wir hier jetzt gemeinsam für die Inklusion eintreten können. Aber zu Ihrer Frage, drei Punkte, der NAP ist eingesetzt worden, damit Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter sowie Behindertenorganisationen Gehör finden. Dieser NAP ist jetzt nicht für Gemeinden ausgerichtet, also das kann man auch, wenn man sich einmal die Arbeit antut und auch den Ministerratsvortrag liest, kann man das sehr leicht dann auch nachlesen. Aber wir sind als Stadt Graz jetzt nicht Träger, aber wir sind Auftraggeber, das ist natürlich auch als Stadt unsere Aufgabe und da arbeiten wir mit den Organisationen ganz eng zusammen. Sie kennen die Sozialwirtschaft Steiermark, wo sich eben diese ganzen Träger einbringen, die sind von mir auch sehr geschätzt und ich habe auch mit ihnen Rücksprache gehalten, wie sich diese Träger in den NAP einbringen, die sind hier wirklich sehr engagiert dabei. Im letzten NAP haben sie versucht, die Themen Teilzeitmöglichkeiten in Werkstätten, Mutterschutz- und Karenzregelungen wie auch Änderungen im Bereich der Schülerversicherung voranzutreiben, also da hat es einiges gegeben. Und unser beider Arbeitgeber, die Lebenshilfe, hat sich auch eingebracht, nämlich bei den Arbeitsgruppen Digitalisierung, Bildung und Arbeit. Ich war erst unlängst auch bei einer Veranstaltung der Lebenshilfe, wo wir über dieses Thema diskutiert haben, also das heißt, indirekt können wir uns als Gemeinde schon einbringen. Zweiter Punkt, das habe ich eben eh schon gesagt, innerhalb des NAPs gab es auch keine Fördercalls für Projekte der Gemeinden, aber sehr wohl sind wir selbst aktiv. Das Land Steiermark, der Michi Ehmann ist leider nicht da, hat sich als Sozialstadtrat da auch eingesetzt, das Land Steiermark hat einen eigenen Aktionsplan, wir haben dank Wolfgang Palle in Graz auch einen Aktionsplan gemacht, also das ist auch ressortübergreifend gegangen. Ich war damals für die Bildung zuständig, und dieser Aktionsplan ist wirklich schon sehr

weit abgearbeitet. Ich habe vor, mit dem Behindertenbeirat, mit Wolfgang Palle, einen neuen Aktionsplan für Graz für eine inklusive Stadt aufzubereiten, ich habe das eh in meinem Behindertenbeirat angesprochen, wo auch die Frau Bürgermeisterin mit dabei war. Vielleicht hier ein Applaus für Wolfgang Palle und sein Team (*Appl.*).

Und drittens, ganz kurz, ich bin schon über der Zeit, meine Schwerpunkte sind natürlich Bildungsbereiche, öffentlich Mobilität und inklusive Arbeitsprojekte, weil das mir ein Herzensanliegen ist, dass wir Menschen, die eine Leistungsfähigkeit unter 50 % nur erbringen können, dass wir diese Menschen auch am ersten Arbeitsmarkt unterbringen, und da hat es seitens der Stadt Graz Projekte gegeben, die Beispielwirkung haben sollten, damit auch Unternehmer Ähnliches machen. Da geht es darum, dass der Arbeitgeber das zahlt, was der Mensch leistet und die öffentliche Hand zahlt den Rest, bis hin zum Kollektivvertrag, dazu. Hätte einen Vorteil für alle, die Menschen hätten einen Job am ersten Arbeitsmarkt, das steigert das Selbstwertgefühl natürlich unheimlich, sie könnten sich selbst sozialversichern, und für die Volkswirtschaft wäre es nicht teurer. Also das heißt, diese Bereiche versuchen wir durch Projekte zu forcieren, jetzt für die Arbeitsprojekte ist, glaube ich, der Robert Krotzer zuständig. Und ich werde mich auch bemühen, dass wir regierungsübergreifend da auch Akzente setzen (*Appl.*).

GR Ulrich:

Lieber Kollege Hohensinner, natürlich sehe ich Sie hier als Kollegen und Bündnispartner und als alte Lebenshilfler werden wir hier auch gemeinsam viel zusammenbringen. Aber wo Sie nicht ganz Recht haben, beim NAP ist es tatsächlich nicht so, dass es da vorgeschriebene Körperschaften gibt bzw. Träger, die den ausarbeiten, sondern da kann man sich sehr wohl proaktiv einbinden und Teil dieser Verhandlungsgruppen werden. Also einfach zu sagen, das ist Teil der Träger, also ganz so ist es nicht, weil Gemeinden, und man hört aus Kärnten und aus Wien, dass dort die Gemeinden sich schon eingebracht haben und hier relativ viel in den Startlöchern steht. Und es geht auch darum, wenn der NAP dann aktiv wird, ein großes Stück vom

Kuchen zu bekommen. Aber Sie haben ja gerade gesagt, Sie interessiert vor allem der Bildungsbereich, finde ich super, und da habe ich jetzt schon eine Zusatzfrage: Sind Sie hier bereit, nämlich aus diesen sonderpädagogischen und Integrationsschulen, die wir haben, vom Hirtenkloster angefangen, dass man hier endlich Inklusionsschulen daraus macht? Weil die Möglichkeit hätten wir (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Herr Kollege, natürlich bringen wir uns gerne ein, aber meine Auffassung ist, wenn der Bund eben Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter einladen möchte, dann sollten wir den Selbstvertretern, den Behindertenvertretern auch wirklich den Vorzug lassen. Ich bringe mich über die Behindertenorganisationen ein, das habe ich gerade vorher erklärt, und ich glaube, wenn wir als Stadt Graz selbst einen Aktionsplan ausarbeiten, der dann wieder in den nationalen und Landesaktionsplan Einfluss nimmt, dann bringen wir uns wirklich gut ein. Wenn Sie irgendwelche Ideen haben, dann bitte, die Idee, die Sie jetzt in der Zusatzfrage eingebracht haben, werden ich bei einer weiteren Frage, ich glaube, in der übernächsten Frage, auch mit der Frau Wutte besprechen. Wir sind schon gut unterwegs, muss man sagen, das war immer mein Anliegen. Wir hatten vor ca. 10 Jahren in Graz ca. sieben Sonderschulen gehabt, jetzt haben wir, wenn man das Mosaik dazurechnet, und mein Bestreben ist es, quasi aus den Sonderschulen auch Regelschulen zu machen, aber bitte, man kann die Inklusion nicht über das Knie brechen, nicht von heute auf morgen, weil das Schlimmste ist, wenn man die Sonderschulen in Regelschulen umwandelt und dann hat man auf einmal keine Ressourcen mehr, also das ist für alle Beteiligten das Schlechteste und ich glaube, das ist ein Weg, den würde ich dem Gemeinderat empfehlen, den wir als Stadt Graz gehen sollten. Ja, Inklusion in Schritten, immer nähern, aber immer die Ressourcen auch bereitstellen, dann werden wir auch die Eltern mitnehmen, die Pädagoginnen und Pädagogen, sonst wird es schwierig. Aber auch die Frage, ich bin hier bestrebt, dass wir dann auch irgendwann einmal nur noch Regelschulen haben, Schwerpunkte wird es trotzdem geben, also das ist meine Überzeugung, z.B. für Kinder mit autistischen

Zügen, da brauchen wir auch das Know-how an gewissen Schulen, aber das können wir dann auch mit kooperativen Schulklassen in Regelschulen z.B. machen, also da bin ich drauf und dran (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.42 Uhr).

7.3 Frage 3: Krise in der Ukraine (GR Brandstätter, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)

GR Brandstätter:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, in der ORF Pressestunde vom 6. Februar 2022 wurden Sie unter anderem auf ihre Haltung zur Ukraine Krise angesprochen, die im schlimmsten Falle eine kriegerische Auseinandersetzung im Herzen Europas zur Folge haben könnte. Als Bürgermeisterin gefragt, antworteten Sie in besagter Pressestunde, dass die KPÖ auf jener Seite stehe, wie Österreich immer gut gefahren sei. Sie wollen auch nicht zusätzlich, wie Sie sagten, hineinzündeln, weil Sie ja eine Einmischung in nationale Angelegenheiten anderer Staaten immer für falsch hielten. Das ist Ihre Erzählung. Sie zeigten sich auch verwundert, warum eine Kommunalpolitikerin zu geopolitischen Angelegenheiten befragt wird, und das möchte ich ganz kurz erläutern. Am 11. Mai 2019 besuchte Gemeinderat Kurt Luttenberger gemeinsam mit dem durch besondere Reiselust aufgefallenen KPÖ-Landtagsabgeordneten Werner Murgg, KPÖ Vizebürgermeisterin der Stadt Trofaiach Gabi Leitenbauer und KPÖ-Gemeinderat aus Leoben Jakob Martschenko, den Donbas. Anlässlich des 5. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik Donezk, auch mit von der Partei Vertreter der sogenannten Antiimperialistischen Koordination. Bemerkenswert aber ist, dass diese Volksrepublik international nicht anerkannt ist und ein Bericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte zudem ergeben hat, dass in den von KPÖ-Mandataren besuchten Gebieten Häftlinge systematisch gefoltert und misshandelt werden. Bemerkenswert ist

auch, dass der Antiimperialistischen Koordination, die diese Reise organisiert hat, von der Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich in einem Artikel auf der Homepage des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes linker Antisemitismus vorgeworfen wird. Auf der Homepage der Antiimperialistischen Koordination, wo breit über diesen Besuch des Kollegen Luttenbergers und seiner Genossen berichtet wurde, finden sich daher auch entsprechende Artikel mit Titeln wie „Boykottiert Israel“, „Israel mordet mit großer Vorsicht und Präzision“ oder „Weg mit dem Euro-Regime“ noch allerlei anderer kommunistischer Klassenkampf und prorussische Agitation. Auf einem weiteren Foto findet sich Gemeinderat Luttenberger vor dem Grab des selbst proklamierten ersten Präsidenten der sogenannten Volksrepublik, des Separatistenführers und Kriegsherrn Alexander Sachartschenko. Dieser war immer wieder durch antisemitische Äußerungen aufgefallen und es wurden ihm Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Zu sehen ist auch noch, dass von der Delegation Rosen auf dem Grab des besagten Kriegsherrn niedergelegt wurden. In Anbetracht dieser Umstände, die im eklatanten Widerspruch zu Ihrem in der Pressestunde getätigten Aussagen stehen und daraus schließen lassen, dass gerade auch Vertreter dieses Gemeinderates, die noch dazu Ihrer Fraktion angehören, dieser Krise keineswegs neutral gegenüberstehen, stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, in Ihrer Zuständigkeit als Sozialstadträtin folgende

Frage:

Wie könnte die Stadt Graz mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den zu erwartenden humanitären Folgen, wie etwa einer Fluchtbewegung, aus Ihrer Sicht helfen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

In der ORF Pressestunde vom 6. Februar 2022 wurden Sie unter anderem auf ihre Haltung zur Ukrainekrise angesprochen, die sich zur Stunde massiv verschärft und im

schlimmsten Falle eine kriegerische Auseinandersetzung im Herzen Europas zur Folge haben könnte. Sie antworteten interessanterweise nicht als Bürgermeisterin der Stadt Graz, sondern als Vorsitzende der KPÖ Graz, in dem Sie betonten, dass die KPÖ auf jener Seite stehe „wie Österreich immer gut gefahren ist“. Es gäbe kaum eine Bewegung wie die KPÖ in Graz, die die Neutralität so hochhalte wie Ihre Partei. Und Sie wollen auch nicht zusätzlich, wie Sie sagten „hineinzündeln“, weil Sie eine Einmischung in nationale Angelegenheiten anderer Staaten immer für falsch hielten. Die EU solle sich mit Sanktionen für Russland zurückhalten, weil Europa „nichts von einer Auseinandersetzung hat, die ja nicht unsere Auseinandersetzung ist“. Es handle sich bei diesem Konflikt um eine ausschließliche Angelegenheit der ukrainischen Bevölkerung.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, in Ihrer Zuständigkeit als Sozialstadträtin die

Frage:

Wie könnte die Stadt Graz mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den zu erwartenden humanitären Folgen, wie etwa einer Fluchtbewegung, aus Ihrer Sicht helfen?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen. Die Lage im russisch-ukrainischen Konflikt ist bedrückend, und jene von uns, die die Zeiten des Kalten Krieges miterlebt haben, fühlen sich angesichts der militärischen Manöver, der ganzen Drohungen, die wir hier hören und lesen, und Einschüchterungen, an diese Tage mit Sicherheit erinnert. Während laut ORF-Bericht am 15. Februar die ukrainische Führung selbst eine russische Invasion abgewendet sieht, rechnen andere mit einer baldigen militärischen Eskalation. Wichtig und klar ist aber, dass dieser Konflikt, so wie jeder andere, und davon bin ich zutiefst überzeugt in jeder Funktion, sei es als

Bürgermeisterin, sei es als Sozialstadträtin, aber auch als Obfrau meiner Partei, niemals mit Gewalt gelöst werden kann, sondern ausschließlich mit den Mitteln der Diplomatie, mit Gesprächen, Kompromissen, Zugeständnissen und dem Respekt der Interessen der anderen Seite. Dazu ist auch heute ein gar nicht so uninteressanter Artikel in der Kleinen Zeitung zu lesen von Herrn Leitl, und da spricht er mir persönlich zumindest in einigen Punkten zutiefst aus dem Herzen. Österreich hat in der Vergangenheit immer wieder als neutraler Verhandlungsort dazu beigetragen, genau bei solchen Konflikten deeskalierend zu wirken. Sollte der schlimmste Fall eintreten und eine Fluchtbewegung einsetzen, wird der Stadt nicht die Rolle zufallen, deren Koordination zu übernehmen. Aus dem Innenministerium, das dafür zuständig ist, hieß es auch in dieser Woche am Montag, es sei derzeit nichts in Vorbereitung, man gehe nicht von einer unmittelbaren Auswirkung auf Österreich aus, das war die Meldung am Montag. Dabei spielen wohl aber auch Erfahrungen aus den vergangenen Jahren eine große Rolle. Graz ist seinen Verpflichtungen, und das weiß ich aus eigener Erfahrung, als Menschenrechtsstadt immer nachgekommen und hat Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind, immer auch Zuflucht gewährt. Graz ist für viele zu einer neuen Heimat geworden. Und sollten die Entwicklungen in Osteuropa, was niemand von uns sich wünscht, zu einer großen Fluchtbewegung führen, wird die Stadt Graz im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in Absprache mit den dafür zuständigen Stellen der Bundesregierung die nötigen Vorbereitungen treffen, um ihrer humanitären Verpflichtung selbstverständlich nachzukommen (*Appl.*).

GR Brandstätter:

Zunächst darf ich mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken, Frau Bürgermeisterin, für die Beantwortung meiner Frage. Und ich möchte kurz aufgreifen, was Sie am Ende gesagt haben, dass die Stadt Graz selbstverständlich humanitäre Hilfe im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Verfügung stellt, und für mich ist schon auch wichtig, dass, wenn wir diese Hilfe anbieten, auch klar ist, wie unsere Haltung zu diesem Konflikt ist. Und da, wie ich vorhin ausgeführt habe, da zumindest in diesem Gremium, dem höchsten

Gremium der Stadt Graz, im Gemeinderat der Stadt Graz, einzelne Vertreter diese klare Haltung nicht so klar zum Ausdruck gebracht haben, wie Sie das auch in der Pressestunde selbst gemacht haben, würde ich in Anbetracht der besonderen Umstände dieser Reise des Kollegen Luttenbergers anlässlich des 5. Jahrestages der Gründung der sogenannten Volksrepublik Donezk gerne folgende Frage stellen, nämlich ob Sie bereit sind, den Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz in dieser für die Reputation der Menschenrechtsstadt Graz äußerst beschädigenden Angelegenheit zu befassen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Als Mitglied des Gemeinderates haben Sie selbstverständlich die Möglichkeit jederzeit dieses Ansinnen an den Menschenrechtsbeirat und dessen Vorsitz und Geschäftsführung zu stellen und weiterzugeben.

*Zwischenruf GR **Brandstätter**: Ich halte fest, Sie sind nicht dazu bereit, das an den Menschenrechtsbeirat heranzutragen. Danke.*

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (12.50 Uhr).

7.4 Frage 4: Inklusion an den Grazer Schulen (GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream, lieber Kurt, wir hatten gerade eine ähnliche Frage, aber das zeigt ja auch, dass das einfach ein parteiübergreifend sehr, sehr wichtiges Anliegen ist. Du hast

einiges jetzt schon in der Beantwortung der vorigen Frage angesprochen, dennoch freut es mich, dass wir noch einmal über dieses Thema sprechen können. Der Anlass für meine Frage war ein sehr ausführlicher Artikel in der Kleinen Zeitung, wo auch festgehalten wurde, dass es halt nach wie vor viel Unzufriedenheit gibt, was die Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigung betrifft, und man muss halt in dem Zusammenhang auch immer sagen, eigentlich sollten wir schon viel weiter sein. Wir haben 2008 die UN-Behindertenkonvention ratifiziert, und aus der geht eigentlich eindeutig hervor, dass Menschen aufgrund ihrer Beeinträchtigung eben nicht nur aus dem allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden. Das bedeutet, eigentlich sollte es heute keine Sonderschulen mehr geben, es gibt aber noch welche. Es gibt zum Glück wenige, und wir sind da gemeinsam auf einem guten Weg, aber natürlich sollten wir uns einfach rascher in Richtung einer allgemeinen Inklusion ins Regelschulsystem bewegen. Jetzt kommt in dem Artikel auch sehr gut heraus, und ich höre es auch von Eltern immer wieder, dass es für manche Familien besser passt an den Sonderschulen, weil es einfach dort mehr Therapie, mehr Unterstützungsangebote gibt. Aber das ist ja kein Argument gegen wirklich umfassende Inklusion, sondern das bedeutet eigentlich nur, dass man viel mehr Ressourcen noch zur Verfügung stellen muss an den Schulen, um eben wirklich alle Kinder mitzunehmen. Es gibt auch ein Positionspapier, das da in der Kleinen Zeitung zitiert wurde, das wurde zum Glück auch auf Landesebene schon diskutiert, und es wurde auch von vielen, mit denen ich gesprochen habe, festgehalten, dass du da immer sehr unterstützend bist und dich auch wirklich stark einbringst, dass da auf Landeseben auch wirklich mehr vorangeht. Trotzdem nutze ich die Fragestunde, um dich auch konkret in deiner Verantwortung auf städtischer Ebene zu fragen, welche Möglichkeiten du hier in Graz auf unserer Ebene siehst, um wirklich umfassende Inklusion rasch voranzubringen und anschließend an das, was du vorher gesagt hast, irgendwann nur mehr Regelschulen zu haben, finde ich, ist zu wenig als Ziel. Also ich finde, das muss ambitionierter sein und einfach klarer sein, was da die nächsten Schritte sind. Danke.

Originaltext der Frage:

Vor wenigen Tagen erschien in der „Kleinen Zeitung“ ein ausführlicher Artikel zum großen Aufholbedarf, den es für gelingende Inklusion von Kinder mit Beeinträchtigung nach wie vor an unseren Schulen gibt. Seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2008 sollten Menschen nicht mehr aufgrund ihrer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden.

Nach wie vor bevorzugen manche Eltern aber für ihre Kinder Sonderschulen, weil dort mehr Begleitung, Förderung und Therapien angeboten werden. Der Behinderten-Beauftragte Wolfgang Palle spricht in dem genannten Artikel sogar von einem „Stillstand seit Jahren“ in Hinblick auf bessere Inklusion in Regelschulen. Gemeinsam haben Wissenschaftler:innen, der Behindertenbeirat, Eltern, Lehrer:innen und ehemalige Schüler:innen ein Positionspapier verfasst, das auch im Petitionsausschuss auf Landesebene diskutiert wurde. In dem Papier werden unter anderem bessere Assistenzleistungen und Therapieangebote an den Schulen sowie Inklusion bei außerschulischen Aktivitäten und im Turnunterricht gefordert. Viele dieser Anliegen betreffen die Landesebene. Dennoch hoffe ich, dass du dich als zuständiger Stadtrat, der nicht zuletzt aufgrund seines beruflichen Hintergrunds immer besondere Interesse an gelingender Inklusion hat, dieses Themas annimmst.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an dich:

Welche Möglichkeiten siehst du, die Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigung an den Grazer Schulen zu verbessern?

StR Hohensinner:

Liebe Manuela, mich freut es auch, dass wir in diesem Thema zusammenarbeiten. Wie du vielleicht nicht weißt, habe ich bei dieser Petition, die im Behindertenbeirat diskutiert und dann beschlossen wurde, auch mitgewirkt, ich habe diese Petition auch unterschrieben und habe dann auch geschaut, dass der Landtag sich damit auseinandersetzt. Insgesamt, in dem Zeitungsartikel, den du angesprochen hast, hat Wolfgang Palle die steiermarkweite Situation angesprochen, in Graz sind wir eigentlich schon, Gott sei Dank, einige Schritte weiter als in der gesamten Steiermark. Wir haben 80 % der Kinder in Regelschulen integriert, da gibt es natürlich Luft nach oben, gar keine Frage, aber wir haben eben, wie ich schon in der letzten Frage beantwortet habe, wir haben von sieben Sonderschulen auf zwei Sonderschulen reduziert. Und es braucht immer drei Dinge, um die Inklusion erfolgreich zu machen: Das ist einmal, dass wir im Bildungswesen den Raum bereitstellen, zweitens, dass es genügend Ressourcen gibt und drittens, dass wir die Haltung der Menschen, die jetzt in dem Prozess quasi mit dabei sind, dass wir die auch in eine gute Richtung prägen. Den Raum können wir als Stadt Graz mitgestalten, da sind wir auch dabei. Also alle Schulen, die jetzt neu gebaut werden oder umgebaut werden, liebe Manuela, glaube mir, das ist für mich wirklich ein Schwerpunkt, da ganz genau hinzuschauen, dass wir hier eine gute Barrierefreiheit in ganz viele Richtungen haben, und weil, das sollte der Gemeinderat jetzt eh schon wissen, das haben wir oft genug diskutiert, einzig die Barrierefreiheit durch Rollstuhlgerechtigkeit, das ist viel zu wenig, es braucht Assistenten, Assistentinnen, es braucht für blinde Menschen speziell etwas, für höher beeinträchtigte Menschen, das sind wir wirklich sehr, sehr dabei. Was für mich ein bisschen problematisch ist, es wird immer erwartet, der Kurt Hohensinner kann im Bildungsbereich in der Stadt Graz als Bildungsstadtrat eh alles machen und einen Plan machen und dann den Plan abarbeiten, leider ist es nicht so einfach. Gerade im Bildungsbereich sind wir ja dreigespalten, der Bund macht die Gesetze, das Land ist für die Lehrer zuständig, wir für den Schulraum. Was ich machen kann, und das war deine Frage, ich kann vernetzen. Und das mache ich, habe jetzt abermals einen Anlauf gemacht, dass wir vielleicht eine Schule in Graz, die neu entsteht, zu einer

Inklusionsschule machen können, und habe gemeinsam mit der BH, mit dem Land Steiermark, mit dem Wolfgang Palle, mit Elternvertretern, mit Lehrervertretern eine Arbeitsgruppe eingesetzt, und da schauen wir, dass wir jetzt eine Schule, die bald eröffnet, nicht gleich, aber wenn wir nachher alle Dinge aufbereitet haben, zu einer wirklichen Inklusionsschule machen können, also das ist mein Plan. Und das soll nachher ein Beispiel geben auch für andere Schulen. Und nur, dass ihr ungefähr wisst, wie schwierig das ist, wir haben alleine für den Inklusionsbereich in der Schule drei Gesetze. Ein bundesweites Gesetz und zwei Gesetze vom Land Steiermark und zwei unterschiedliche LandesrätInnen im Land Steiermark. Und glaubt mir, ich bin mit meinem Mitarbeiter vor sieben Jahren im Landtag zusammengesessen in einem Büro, wo sie gesagt haben, diese Schulassistent, die wird es dann aus einer Hand geben, das wird jetzt in einem Ressort gebündelt, bis heute ist es nicht der Fall. Und ich war auch in Husum mit dem Sozialamt, wir haben uns dort die Weiterentwicklung der Behindertenhilfe angeschaut, dort heißt es Sozialraumorientierung, wo es flexible Hilfen gibt, wo in einer Schule nicht durch Individualbescheide am Kind, das eine Unterstützung, um aufs Klo zu gehen, braucht, in der Woche zwei Stunden zugewiesen werden. Wann soll denn der wissen, wann das Kind dann aufs Klo muss, wenn ein Betreuer von einer Organisation zwei Stunden in der Woche kommt? Diese Ressourcen müssen an die Schule gekoppelt werden, dass in einer Schule drei Mitarbeiter beschäftigt sind, die schauen, wann braucht welches Kind was, das wäre eine Normalisierung. Und da war ich eben in Husum mit einer Delegation, habe versucht, das Land Steiermark mitzunehmen, die Frau Abgeordnete Rinner ist mitgefahren seitens Büro Campus, aber die Landesrätin war nicht bereit mitzufahren. Ich glaube, da müssen wir in der Stadt Graz Schritte machen, das versuche ich, aber so richtig den großen Wurf werden wir dann zusammenbringen, wenn es einmal ein Inklusionsgesetz im Landtag auch gibt. Und da werde ich in diese Richtung gehen, und ich habe auch eine Mitkämpferin mit der Frau Bürgermeisterin an meiner Seite, ich habe erst unlängst geredet, um eben in Graz auch in die Gänge zu kommen, brauche ich auch ein Subventionsbudget, aber sie hat mir auch zugesagt, dass ich dieses Subventionsbudget diese Woche zugewiesen bekomme. Danke dafür (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Vielen Dank, das sind ja schon einmal grundsätzlich erfreuliche Dinge, die du da ansprichst. Und ich weiß eh, dass es, wie bei vielen Dingen im Sozialbereich, immer so ein Zusammenspiel vieler, vieler Ebenen ist, und die eine gibt an die andere weiter und dann passiert aber Jahre nichts und das ist dann für alle frustrierend, die betroffen sind. Was aber nicht so herauskommen ist in deiner Antwort, was aber bei den Positionspapieren auch im Zeitungsartikel oder auch mit Menschen, mit denen ich geredet habe, oft thematisiert wurde, manchmal geht es gar nicht so sehr um zusätzliches Personal, sondern um so ganz weiche Dinge, z.B., dass ein Schulausflug organisiert wird, und da kann man dann nicht barrierefrei hin und dann kann das Kind erst nicht mitgehen. Und solche Situationen, glaube ich, belasten die Familien auch ganz oft, wenn im Grunde Inklusion funktioniert, aber es gibt dann ganz viele zusätzliche Aktivitäten, wo die Kinder erst nicht dabei sein können. Siehst du da noch irgendwie Handlungsspielräume, da noch einmal mehr zu informieren oder ins Gespräch zu gehen? Weil das ist ja eigentlich schon etwas, wo man recht leicht etwas verbessern könnte, denke ich mir, für die Kinder.

StR Hohensinner:

Liebe Manuela, dein Anliegen ist auch mein Anliegen, aber noch einmal, für die Pädagog:innen, für die Direktor:innen ist die Bildungsdirektion zuständig. Ich habe eine Möglichkeit, ich habe pro Quartal ein Treffen mit allen Grazer Schulleiterinnen und Schulleitern und da kann ich sowas ansprechen und meine Haltung einfach dort kundtun mit der Bitte, dass eben, wenn ein Schulausflug ist, dass man das wirklich fertigt, dass alle Kinder auch daran teilnehmen können. Aber ganz ehrlich, ich habe Vertrauen in unsere Pädagog:innen, und wenn ein Kind mit Rollstuhl in einer Klasse ist, glaube ich auch fest daran, dass der Klassenlehrer daran denkt, dass ein Kind nicht ausgespart wird. Das heißt, ich werde das trotzdem bei der Schulleitertagung noch einmal vorbringen.

Aber bitte, wenn du wirklich einen konkreten Fall hast, liebe Manuela, bitte teile mir den Fall mit. Weil, dass das so oft vorkommt, das hoffe ich doch nicht (*Appl.*).

7.5 Frage 5: Einbindung der S-Bahn in das öffentliche Verkehrsnetz der Stadt Graz (KO GR Mag. Pascuttini, FPÖ an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, werte Gemeinderäte, liebe Frau Bürgermeister-Stellvertreterin. Ich habe schon mit großem Vergnügen heute wahrgenommen, dass die Themen in der heutigen Fragestunde wirklich sehr, sehr interessant sind. Mit großer Geschwindigkeit geht es hier von einem Thema zum anderen, und mit großer Geschwindigkeit wäre auch die S-Bahn in Graz unterwegs, wenn sie denn kommen würde. Ich habe mit großer Verwunderung im letzten Wahlkampf festgestellt, dass die Grünen einen ganzen S-Bahn-Ring fordern, und das ist grundsätzlich etwas, das habe ich schon mehrmals erwähnt, das würden wir auch sehr gerne unterstützen, diesen S-Bahn-Ring in Graz. Es ist nur leider so, dass die S-Bahn, nicht einmal der Ring, sondern die S-Bahn selbst, es nicht ins Regierungsprogramm geschafft hat bedauerlicherweise. Was auch kurios ist, wir haben in den letzten Jahren immer wieder mittels parlamentarischer Anfrage über unser Nationalratsabgeordneten bei der Frau Ministerin Gewessler, Ihrer Kollegin in der Bundesregierung, nachgefragt: Wie sieht es denn aus mit dem Verkehrsknoten Gösting? Da muss man eines sagen, für mich als Kommunalpolitiker ist es sicher leichter verständlich, dass wenn der eine kleine Knoten schon nicht realisierbar ist, dass dann der ganze Ring schon gar nicht realisierbar sein kann. Wir haben jetzt die Situation, dass dieser Nahverkehrsknoten Gösting schon seit vielen, vielen Jahren gefordert wird. Die ersten Überlegungen hat es schon im alten Jahrhundert gegeben, da hat man schon gedacht, Gösting hätte Potential, das würde mit der entsprechenden Auslastung sogar der drittgrößte Bahnhof nach Passagierzahlen in der Steiermark werden, nach Bruck und Graz. Und jetzt ist meine

Frage

an Sie, nachdem das im Regierungsprogramm gar nicht vorkommt:

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um endlich eine Anbindung des städtischen ÖV-Netzes an die S-Bahn noch in dieser Regierungsperiode sicherzustellen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Es steht außer Frage, dass die Zurverfügungstellung einer modernen und möglichst flächendeckenden Bahninfrastruktur für die öffentliche Hand von höchster Priorität sein muss, zumal diese zu einer enormen Entlastung des Individualverkehrs und damit auch der Umwelt beiträgt. Eine wesentliche Rolle spielt dabei in der Steiermark das heimische S-Bahn-Netz, das von tausenden Pendlern tagtäglich genutzt wird. Laut den Informationen auf der Homepage des Landes Steiermark stellt die S-Bahn Steiermark sogar das wichtigste Nahverkehrsprojekt in der Steiermark dar. (Quelle: <https://www.verkehr.steiermark.at/cms/ziel/26283983/DE/>). Damit dies auch so bleibt, bedarf es selbstverständlich einer stetigen Weiterentwicklung.

Eine wichtige Verbesserung würde etwa die Anbindung des Grazer Nordens an das S-Bahn-Netz darstellen. Der Beantwortung einer dahingehenden parlamentarischen Anfrage der FPÖ durch Bundesministerin Leonore Gewessler vom 14. Dezember 2020 ist zu entnehmen, dass man sich dieser Tatsache auf Bundesebene durchaus bewusst ist. So hat die ÖBB-Infrastruktur AG bereits im Jahr 2017 eine Machbarkeitsprüfung erstellt, in deren Rahmen die Errichtung einer möglichen Nahverkehrsdrehscheibe in Graz Gösting auf Höhe Exerzierplatzstraße/Ibererstraße unter Anbindung des städtischen Verkehrs überprüft worden war.

Die Machbarkeitsstudie kommt laut der Ministerin jedenfalls zum Ergebnis, „dass eine Nahverkehrsdrehscheibe Gösting grundsätzlich ein hohes Potential aufweist

(beispielsweise befindet sich in der Nähe die höhere technische Bundeslehranstalt Graz-Gösting mit über 2.500 Schülerinnen und Schülern). Im Allgemeinen wäre eine moderne, multimodale Verkehrsstation mit zwei Inselbahnsteigen und eine barrierefreie Anbindung an den öffentlichen Verkehr (Schnittstelle Bahn, Bus, Straßenbahn, Rad) der Stadt Graz konzipiert. Die angedachte Haltestelle könnte durch mehrere Buslinien erreicht werden. Auch eine Anknüpfung an die neue Straßenbahn 9 (Roseggerhaus – Gösting) wäre möglich. [...]“

Selbstverständlich wären für eine tatsächliche Umsetzung des Projekts zahlreiche Umbauten, Optimierungsmaßnahmen und finanzielle Aspekte zu berücksichtigen. Dies ändert jedoch wenig an dem Umstand, dass eine Anbindung des Grazer Nordens an das S-Bahn-Netz auch seitens der ÖBB prinzipiell positiv gesehen wird.

Bedauerlicherweise scheint die Landesregierung dieses Projekt nicht mit dem nötigen Nachdruck zu verfolgen. Schließlich geht aus der Beantwortung durch Bundesministerin Gewessler auch hervor, dass die Nahverkehrsdrehscheibe Gösting zwar im Rahmen des Lenkungsausschusses der ÖBB behandelt und die erwähnte Machbarkeitsstudie abgestimmt worden sei. Auf schriftlichem Wege seien darüber hinaus in ihrer Amtszeit jedoch keine entsprechenden Kontaktaufnahmen seitens des Landes Steiermark an das zuständige Bundesministerium erfolgt (Quelle: Anfragebeantwortung durch Bundesministerin Leonore Gewessler zu der schriftlichen Anfrage (3765/J) betreffend Verkehrsknotenpunkt Gösting vom 14. Dezember 2020).

Ein zeitnaher Anschluss des Grazer Nordens an das S-Bahn-Netz muss für die Bundes- und Landespolitik von höchstem Interesse sein. Leider findet sich im Regierungsprogramm der neuen Grazer Stadtregierung die S-Bahn mit keinem Wort wider – und somit steht auch ein Anschluss des Grazer Nordens an das S-Bahn-Netz nicht auf der Prioritätenliste der neuen Stadtregierung.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um endlich eine Anbindung des städtischen ÖV-Netzes an die S-Bahn noch in dieser Regierungsperiode sicherzustellen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Werter Herr Gemeinderat, vielen Dank für diese Frage, ich werde jede Maßnahme setzen und alle Bemühungen unterstützen, die es in diese Richtung gibt. Ich glaube, der Nahverkehrsknoten, also ich glaube nicht, ich weiß es, der Nahverkehrsknoten Gösting ist hier im Gemeinderat außer Streit. Wir haben einen Rahmenbeschluss aus dem November 2019, den alle unterstützt haben, nur leider hat dieses Projekt nicht Eingang gefunden im derzeitigen ÖBB-Rahmenplan, wie wir wissen, das wurde verabsäumt, das heißt, das einzige Bestreben, das es jetzt geben kann und muss, ist, das in den nächsten ÖBB-Rahmenplan hineinzubekommen, ganz unbedingt. Und dahingehend gab es meinerseits schon Gespräche mit der Frau Ministerin, auch gemeinsam mit der Frau Bürgermeisterin haben wir das in unserem letzten Gespräch angesprochen und auch urgiert bzw. einfach in den Raum gestellt, dass es uns wirklich wichtig ist, dass da was weitergeht und dass wir da Unterstützung bekommen. Was den Ausbau von S-Bahn und Straßenbahn im Allgemeinen anbelangt, so war die Debatte im Wahlkampf davor, also sozusagen vor der jetzigen Gemeinderatsperiode, ja die, ein Konzept zu finden, geht es um die U-Bahn oder ein anderes vergleichbares auf den bestehenden Systemen aufbauendes. Der S-Bahn-Ring war davon eine Variante, die wir vorgeschlagen haben. Fakt ist, dass die Expertengruppe, die derzeit ja noch arbeitet und auf deren Ergebnisbericht wir warten und ich mich schon darauf freue, dass auch dort, das kann ich schon einmal verraten, die Einschätzung des Gösting-Nahverkehrsknotens eine positive ist, also auch die anerkennende

Notwendigkeit, das einzuführen, und insgesamt geht es da stark davon sozusagen in die Richtung, das Bestehende auszubauen, also S-Bahn-System und die Straßenbahnen. Sinnvollerweise passiert der Ausbau vom Knoten Götting dann, wenn wir eine Nord-West-Linie planen, jetzt sind wir einmal auf der Spur mit neuen Linien und Ausbau, wo es uns hoffentlich gelingt, eine Förderung vom Bund zu bekommen, zumindest ist in Aussicht gestellt die 15a-Vereinbarung, dann werden wir jetzt über die Linienführung der Süd-West-Linie reden, das ist uns ein Riesen-Anliegen, die endlich voranzutreiben, und dann kommt die Nord-West-Linie. Es sind viele Dinge leider lange Zeit liegengeblieben, sozusagen aufgrund der Streitigkeiten, was das richtige System ist, und ich hoffe, dass wir wirklich in der Periode einiges auf Strecke bringen.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Danke, für diese Antwort. Ich glaube, wir ziehen hier eh am gleichen Strang. Ich hätte nur eine Bitte, das nicht aneinander zu koppeln, also den Ausbau der Straßenbahn und der S-Bahn. Weil bei der Straßenbahn, da stellt sich jetzt für mich, in concreto in Götting, die Frage, ob das Sinn macht, einen Außenbezirk, der so weitläufig ist, mit der Straßenbahn versuchen zu erschließen, und dann sind vielleicht 7-10 % der Bewohner wirklich angebunden und währenddessen wartet man darauf, dass die S-Bahn gebaut wird, also das gebe ich zu bedenken. Und das Zweite, da möchte ich noch ein bisschen näher auf diesen S-Bahn-Ring eingehen, weil ich den wirklich für eine schöne Idee halte: Sie haben hier damals im März 2021 gesagt, wir müssen die Verkehrswende im Gemeinderat miteinander treffen und zwar jetzt; jetzt sind Sie in der Regierung und ich merke es ein bisschen bei Ihrer Stellungnahme, Sie wollen zwar den S-Bahn-Knoten Götting realisieren, das ist ein Knoten, der wird wahrscheinlich auch leichter realisierbar sein als das ganze Netz, aber ich würde trotzdem von Ihnen gerne wissen, ob dieser gesamte Ring, der von Ihnen ja immer wieder gefordert wurde, noch immer Teil der Agenda ist, obwohl er im Regierungsprogramm nicht zu finden ist.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Also ich wiederhole es gerne, der Ring war ein Vorschlag im Zusammenhang in der Diskussion um ein zukünftiges, ausbaufähiges Verkehrskonzept für Graz, eine Diskussion, die lange geschwelt hat und wo es jetzt in eine Richtung geht, und die absehbar ist. Wir haben die Expertengruppe, die noch arbeitet, es wird bald der Bericht vorliegen, das heißt, der Bericht dahingehend, in welche Richtung Graz zukünftig arbeiten wird und wie das öffentliche Netz ausgebaut wird. Und auch unsere Verkehrsexperten in der Stadt, in der Verkehrsplanung, betonen dahingehend, dass es tatsächlich erst gescheit ist, den Verkehrsknotenpunkt Gösting auszubauen, wenn wir auch die Straßenbahn da in die Richtung geplant haben. Also das muss einhergehen und soll einhergehen, aber insgesamt ist natürlich das Gesamtkonzept Graz der nächste große Plan, der vorgelegt werden soll.

*Zwischenruf KO GR Mag. **Pascuttini**: Dann bedanke mich für die Antwort, ein guter Tag für Gösting, aber ein schlechter Tag für den S-Bahn-Ring.*

7.6 Frage 6: Annenstraße: Lärminderung durch Vegetationssysteme im Gleis (GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GRⁱⁿ **Reininghaus**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und liebe Zuschauer zuhause im Livestream. Mir liegt die Entwicklung der Annenstraße am Herzen, das wissen Sie mittlerweile, ich glaube, das ist nichts Neues für Sie. Ich kämpfe seit fünf Jahren dafür, dass sich da irgendwas bewegt und dass es hier Verbesserungen gibt. Deswegen habe ich auch im Jänner, also in der letzten Gemeinderatssitzung, wieder den Gemeinderat auf die Problematik der Leerstände, und zwar der gewerblichen Leerstände, hingewiesen und somit ist Ihnen

auch bekannt, dass es mittlerweile 20 leerstehende Geschäftslokale gibt, also 20 Geschäfte, da gibt es kein Leben, da gibt es nur Dreck vor den Auslagen und sonstige negative Begleiterscheinungen. Ich bin der Auffassung, dass die Leerstandsproblematik sich von alleine löst, wenn die Annenstraße ein attraktives Gesicht hat. Deswegen zuletzt der Vorschlag oder die Bitte auch an Sie, Frau Mag. Schwentner, wenn Sie schon täglich einen Baum setzen wollen, bitte vergessen Sie nicht die Annenstraße, und wenn ich von Bäumen rede, dann meine ich einfach Gewächse, die standorttauglich sind und keine riesengroßen Kastanienbäume, aber ich glaube, das ist doch wohl allen klar. Ich habe eine weitere Maßnahme, die geeignet wäre, die Annenstraße zu attraktivieren und zwar, die Gleise mit Rasen zu befüllen. Das würde den Schienenverkehrslärm enorm reduzieren, das zeigt auch ein Forschungsprojekt aus Deutschland namens „LERM“, soll übersetzt bedeuten: Low Emission Railway System, initiiert vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung. Und die sagen, der Grad der Schallabsorption ist durch Gleisrasen beachtlich. Gerade in der Annenstraße, Sie wissen, vier Straßenbahnlinien fahren da in ganz kurzen Taktungen, also es geht die ganze Zeit hin und her, rechts und links, und gerade hier wäre doch auch die schalldämmende Eigenschaft des Gleisrasens in dieser hochversiegelten Zone eine großartige Sache. Aber nicht nur die Schalldämmung, sondern auch die Aufwertung des Arbeits- und Wohnumfeldes der Annenstraße wäre damit viel schöner zu gestalten, und außerdem gibt es auch noch die Kühlwirkung, die Wasserspeicherfähigkeit des Grüns und sonstige positive Auswirkungen auf das Mikroklima. Bitte lassen Sie uns endlich der Annenstraße ein attraktives Gesicht geben. Ich mag es nicht, dass Touristen, die vom Bahnhof kommen und die Annenstraße verwenden, um ins Zentrum zu gelangen, an all diesen leerstehenden Geschäften vorbeifahren, es ist grauslich, es ist dreckig. Herr Dr. Riegler war mit mir schon in der Annenstraße, wir haben uns das schon angeschaut, ich verstehe auch, dass der Herr Dr. Riegler sagt, die Stadt Graz kann nicht dafür zuständig sein, Dreck wegzuräumen vor Geschäften, die leerstehen, das ist schon Eigentümersache, aber wir haben das Problem, es ist furchtbar dreckig schon wieder, Herr Dr. Riegler, wir können schon wieder marschieren ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ **Kahr**: Bitte zur Frage kommen.

GRⁱⁿ **Reininghaus**:

... ja, ich komme schon zur

Frage:

Sehr geehrte Frau Schwentner,
werden Sie, als für das Straßenamt und die Abteilung für Grünraum und Gewässer zuständige Stadträtin, als 2. Maßnahme zur Attraktivierung des Straßenbildes der Annenstraße die Lärminderung durch Vegetationssysteme laut Motiventext durch die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz prüfen lassen und dem Gemeinderat in der nächsten Gemeinderatssitzung einen Bericht vorlegen?

Originaltext der Frage:

In der Jänner-Gemeinderatssitzung habe ich wieder auf die Annenstraßen-Leerstandsproblematik im gewerblichen Bereich hingewiesen. Es ist bekannt, dass aktuell 20 Geschäftslokale hier kein Leben haben.

Nachdem ich der Auffassung bin, dass die Annenstraße nichts anderes bräuchte als eine „Schönheitskur“, um in der Lage zu sein, ihre Leerstandsproblematik aus sich heraus zu lösen, habe ich zuletzt als 1. Maßnahme zur Attraktivierung des Straßenbildes der Annenstraße eine Begrünung mittels standorttauglicher Bepflanzung der Zonen mit breiten Gehsteigen, die Ausstattung mit Sitzmöbeln samt WLAN-Anschluss und vielleicht sogar den einen oder anderen Trinkbrunnen gefordert.

Die 2. vielversprechende Maßnahme für eine Wiederbelebung der Annenstraße ist, den Schienenverkehrslärm durch den Einbau von „Vegetationssystemen in das Gleisbett zu reduzieren.¹

So zeigt beispielsweise das Forschungsprojekt "LERM: Low Emission Railway System", initiiert vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung, eindeutig, dass der Grad der Schallabsorption durch Gleisrasen beachtlich ist. Gerade in der Annenstraße, mit derzeit vier Straßenbahnlinien und ihren kurzen Taktungen, ist Schalldämmung ein wichtiges Thema. Neben der schalldämmenden Eigenschaft des Gleisrasens bewirken die neuen Grünflächen in der hochversiegelten Annenstraße nicht nur eine Aufwertung des Arbeits-, sondern auch des gesamten Wohnumfeldes. Ferner haben Rasengleise insbesondere durch die Kühlwirkung und die Wasserspeicherfähigkeit des Grüns positive Auswirkungen auf das Mikroklima. Geben wir der Annenstraße ein attraktives Gesicht!

Für die Menschen, die hier leben, ihre Geschäfte betreiben, hier arbeiten, und auch für die Tourist:innen, die vom Bahnhof kommend die Annenstraße als ihren ersten Eindruck von Graz mitnehmen.

Daher stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Schwentner, werden Sie, als für das Straßenamt und die Abteilung für Grünraum und Gewässer zuständige Stadträtin, als 2. Maßnahme zur Attraktivierung des Straßenbildes der Annenstraße die Lärminderung durch Vegetationssysteme laut Motiventext durch die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz prüfen lassen und dem Gemeinderat in der nächsten Gemeinderatssitzung einen Bericht vorlegen?

¹ <https://www.forschungsinformationssystem.de/servlet/is/69099/>

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Sabine Reininghaus, ich schätze Ihr Engagement in der Annenstraße sehr und ich finde es auch wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, ich unterstütze das auch. Ich habe das auch schon in der letzten Sitzung betont, dass es mir ein Anliegen ist. Eines möchte ich aber schon vorweg sagen, vor zehn Jahren ist die Annenstraße umgebaut worden, und da ist viel an Aufenthaltsqualität, auch wenn man es jetzt gerne übersieht oder vielleicht nicht wahrnehmen will, viel an Aufenthaltsqualität gelungen. Ich erinnere oder ich mache aufmerksam auf die Erweiterungen der Plätze vom Metahofpark, bei der Metahofgasse, bei Vorbeckgasse, die neue Fußgänger:innenzone im Abschnitt Babenbergerstraße und auch beim Esperantoplatz, da wurden Bäume gesetzt, dort konnten Bäume gesetzt werden im Gegensatz zur restlichen Annenstraße, wo das aufgrund der Leitungssysteme nicht möglich war. Ich weiß, dass meine Vorgängerin Lisa Rücker damals sehr bemüht war darum, die hätte gerne mehr gewollt, es ist leider nicht möglich gewesen, deswegen sind wir durchaus bereit, neue Möglichkeiten zu prüfen im Sinne von mobile Pflanzentröge, die Möglichkeiten, da irgendwas anderes aufzustellen, was die Rasengleise angeht. Ich bin ein Fan davon, ich würde mir die wünschen, wenn möglich und wo möglich. Dort ist es jetzt nach Einschätzung der Fachabteilung, die wir gefragt haben, nicht so leicht möglich, weil die Notwendigkeiten für Schienenersatzverkehr, dort fährt oft Schienenersatzverkehr, die Busse fahren hier auf und ab, also nicht nur die Straßenbahnen, Einsatzfahrzeuge und Ladetätigkeiten, das Gras nicht lange wachsen lassen würde. Also die Sinnhaftigkeit, dort ein Rasengleis zu machen, ist in Frage gestellt, ich kann es aber gerne noch einmal prüfen und nachfragen, insgesamt, glaube ich, ist die Chance für die Annenstraße dann gegeben, wenn wir die Innenstadtentflechtung vorantreiben. Das Stück kommt bald in den Gemeinderat und wir dann sozusagen insgesamt Aufenthaltsqualität schaffen im öffentlichen Raum, was diese Neugestaltung des ganzen Raumes bis zur Annenstraße angeht, und dann sehe ich auch die Chance gegeben, die Annenstraße anzugehen. Ich habe es schon beim letzten Mal gesagt, ich sage es gern noch einmal.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ich habe keine Zusatzfrage, sondern nur noch eine Botschaft an Sie, Frau Mag.^a Schwentner: Die Leute, die in der Annenstraße wohnen und arbeiten, haben große Hoffnungen in Sie, das wollte ich Ihnen nur noch sagen.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Das freut mich, ist mir auch bewusst, ich versuche, die Hoffnungen in dieser Periode zu erfüllen. Ich bitte aber um Verständnis, dass nicht alles in den ersten drei Monaten passieren kann (*Appl.*).

7.7 Frage 7: MS Smart City (GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen und sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner. Im Stadtteil Smart City ist die Umsetzung einer 12-klassigen MS und einer 2-klassigen PTS geplant. Im Juni 2021 fand dazu ein Informationsgespräch mit der MS Algersdorf statt, bei dem den Vertreter:innen dieser Schule das Planungsvorhaben für die Umsiedelung in die neue Schule in der Smart City vorgestellt worden ist. Infolge dessen hat sich ein Schulteam gebildet, das Vorschläge bezogen auf die pädagogisch sinnvolle Gestaltung der Innenräume erarbeitete in der Hoffnung, dass sie dann auch entsprechende Berücksichtigung im Bauplan finden. Im September fand dann die erste Sitzung eines Beteiligungsprozesses statt, wo dieser Bauplan vorgestellt worden ist. Er sieht vor, dass sich im Erdgeschoss die Zentralgarderobe und der Turnsaal befinden sollen. Im ersten Stock ist die Direktion angedacht. Vom zweiten bis zum vierten Stock sind dann erst die Klassenräume vorgesehen. Von dort können dann verschiedene Terrassen

genutzt werden. Nach einer zweiten Sitzung wurde der Beteiligungsprozess dann jedoch überraschend für das Schulteam der MS Algersdorf eingestellt. In dem nun vorliegenden Entwurf ist zwar z.B. der Vorschlag des Schulteams nach Einrichtung eines eigenen Computerraums berücksichtigt worden, der insofern absolut erforderlich für die MS Algersdorf ist, da sie einen IT-Schwerpunkt an der Schule hat. Aber zwei Punkte fanden keine Berücksichtigung. So soll es im ganzen Schulgebäude einerseits kein Konferenzzimmer geben, und das ist auch ein wichtiger Sozialraum für die Lehrer:innen, den sie für den täglichen Austausch natürlich auch benötigen. Andererseits erschwert auch die geplante Zentralgarderobe im Erdgeschoss die Nutzung der Terrassen in den oberen Stockwerken, in denen sich die Klassen befinden, da die Schüler:innen dadurch lange Wege zurücklegen müssen, um sich entsprechend anziehen zu können. Wünschenswert wären deshalb aus Sicht des Schulteams damit Garderobenmöglichkeiten direkt im Anschluss an die Klassen.

Aus diesem Grund stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Was werden Sie unternehmen, damit die konkreten und berechtigten Verbesserungsvorschläge des Schulteams der MS Algersdorf noch berücksichtigt werden?

Originaltext der Frage:

Im Stadtteil Smart City ist die Umsetzung einer 12-klassigen MS und einer 2-klassigen PTS geplant.

Im Juni 2021 fand dazu ein Informationsgespräch mit der MS Algersdorf statt, bei dem den Vertreter:innen dieser Schule das Planungsvorhaben für die Umsiedelung in die neue Schule in der Smart City vorgestellt worden ist. Infolge dessen hat sich ein Schulteam gebildet, das Vorschläge bezogen auf die pädagogisch sinnvolle Gestaltung

der Innenräume erarbeitete, in der Hoffnung, dass sie dann auch entsprechende Berücksichtigung im Bauplan finden.

Im September fand dann die erste Sitzung eines Beteiligungsprozesses statt, wobei dieser Bauplan vorgestellt worden ist.

Er sieht vor, dass sich im Erdgeschoss die Zentralgarderobe und der Turnsaal befinden sollen. Im ersten Stock ist die Direktion angedacht. Vom zweiten bis zum vierten Stock sind dann erst die Klassenräume vorgesehen. Von dort können dann verschiedene Terrassen genutzt werden.

Nach einer zweiten Sitzung wurde der Beteiligungsprozess dann jedoch überraschend für das Schulteam der MS Algersdorf eingestellt. In dem nun vorliegenden Entwurf ist zwar z.B. der Vorschlag des Schulteam nach Einrichtung eines eigenen Computerraums berücksichtigt worden, der insofern absolut erforderlich für die MS Algersdorf ist, da sie einen IT-Schwerpunkt an der Schule hat. Aber zwei Punkte fanden keine Berücksichtigung. So soll es im ganzen Schulgebäude einerseits kein Konferenzzimmer und damit auch keinen Sozialraum für die Lehrer:innen geben, der jedoch für den täglichen Austausch untereinander sehr wichtig ist. Andererseits erschwert auch die geplante Zentralgarderobe im Erdgeschoss die Nutzung der Terrassen in den oberen Stockwerken, in denen sich die Klassen befinden, da die Schüler:innen dadurch lange Wege zurücklegen müssen, um sich entsprechend anziehen zu können. Wünschenswert wären deshalb aus Sicht des Schulteam damit Garderobenmöglichkeiten direkt im Anschluss an die Klassen.

Aus diesem Grund stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Was werden Sie unternehmen, damit die konkreten und berechtigten Verbesserungsvorschläge des Schulteams der MS Algersdorf noch berücksichtigt werden?

StR Hohensinner:

Liebe Frau Kollegin, danke für deine Frage. Ich finde diese Frage dieses Mal sehr irritierend, muss ich sagen, die zwei anderen Fragen waren durchaus berechtigt. Ich werde dir auch sagen warum. Unsere Schulen werden wirklich ganz, ganz ordentlich geplant von ganz vielen Abteilungen der Stadt Graz, da wirkt die Bildungsabteilung mit, die Stadtbaudirektion, die GBG, die Bildungsdirektion ist auch mit dabei, und jede Schule, und auch diese Schule, wird wirklich von langer Hand geplant, es wird alles diskutiert, auch die Vorschläge der Schule werden eingearbeitet, und an dieser Stelle ein Danke an das GRIPS-Team, so nennt sich das Team, das jede Schule diskutiert, plant und umsetzt. Und auf der anderen Seite meine Irritation zu dem, was du jetzt für einen Vorwurf formulierst, ich werde das natürlich dann auch alles aufklären und ich möchte mich hier wirklich voll und ganz vor unsere Abteilungen stellen, die hier Großartiges leisten. Die anderen Stadtregierungsmitglieder, die auch teilweise für die Abteilungen zuständig sind, machen das scheinbar eben nicht, weil nur so kann eine solche Frage zugelassen werden und hier vorgebracht werden. Ich möchte drei Vorwürfe aufklären: Der erste Vorwurf, es gab keine Gespräche. Von Juni bis jetzt hat es unzählige Termine und Gespräche mit dem Herrn Direktor und mit seiner Stellvertreterin und der Bildungsdirektion gegeben, dabei wurden zahlreiche Wünsche und Änderungen der beiden berücksichtigt, Computerraum, Wände, Garderobe und einiges mehr. Und dankenswerterweise von der Stadtbaudirektion umgesetzt, dann wieder von der Bildungsdirektion genehmigt, weil das Rahmenprogramm, das ursprünglich die Bildungsdirektion vorgegeben hat, wurde auch nach den Wünschen des Herrn Direktors und seiner Stellvertreterin überarbeitet. Also man kann das sehen,

wir gehen natürlich auf die Anliegen der jeweiligen Schule ein. Vorwurf Nummer 2 zu den angesprochenen räumlichen Fehleinschätzungen der ABI, Baudirektion und Bildungsdirektion, kein Sozialraum, Konferenzraum. Falsch, im ersten Obergeschoss befindet sich der Sozialraum mit Teeküche, 55 m², angeschlossen sind Besprechungsräume und ein weiterer Bereich mit 55 m², zusätzlich gibt es den Klassen zugeordnete abgeschlossene Lehrer:innenarbeitsräume; das Konzept des Future Classrooms ermöglicht die Nutzung der großen Räume zur Durchführung der Konferenzen, eine geeignete Bestuhlung ist mit Einbeziehung der Direktion und deren Stellvertreterin erarbeitet worden, auch da sieht man, da haben wir natürlich die Wünsche des Herrn Direktors einfließen lassen. Vorwurf Nummer 3, erschwerte Benutzung der Terrasse durch die Zentralgarderobe. Auch falsch, wir haben bei den Terrassen Extra-Spinde vorgesehen, die Terrassen können natürlich mit Patschen benutzt werden, ist auch bei den anderen Schulen so üblich, aber eine Zentralgarderobe ist nun einmal Standard, damit der Schmutz nicht erst in die Schule kommt, Stichwort Reinigung. Also wirklich ein großes Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wirklich Herzblut hier investiert haben, und dass dann du, liebe Frau Gemeinderat, ich schätze dich sehr, aber dass du diese Frage stellst, die Thematik ist schon in der kommunistischen Zeitung abgedruckt worden, bevor ich mich hier hinter die Mitarbeiter:innen stellen kann, da ist halt der schnelle politische Punkt gesucht worden und nicht quasi das klärende sachliche Gespräch (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Also wenn jetzt einfach mittlerweile sich das dann nach einer Woche doch geändert hat, dass ein Sozialraum und ein Konferenzzimmer möglich sind, dann finde ich das super, aber trotz all dem sind nicht alle der Wünsche und Vorstellungen einbezogen worden, bei dem bleibe ich und deshalb würde ich trotzdem einmal noch nachfragen bei dem einen, also es ist gut, wenn man die Terrasse auch mit Hausschuhen betreten kann, aber vielleicht gibt es auch Jahreszeiten, wo der Weg dann trotzdem lang ist und ob man vielleicht doch noch ein bisschen was ändern kann im Sinne von kleineren

Garderobemöglichkeiten. Und das wäre meine Zusatzfrage, gibt es diesbezüglich noch eine Möglichkeit, dass da noch etwas verändert wird?

*Zwischenruf GR DI **Topf**: Nein.*

StR Hohensinner:

Für Gespräche bin ich immer zu haben, Veränderungen, da haben wir einen Punkt erreicht, die gibt es jetzt nicht mehr, wenn jetzt irgendwer draufkommt vom Schulteam, dass er es doch gerne anders hätte. Ich glaube, wir müssen die Leute auch für voll nehmen, auch in ihrer Verantwortung, wenn sie Wünsche vorbringen. So ein Beteiligungsprozess ist immer ein Prozess, wo man möglichst viele Interessen und Wünsche miteinbezieht, man wird nie zu 100 % alles regeln können. Aber nein, ich bin nicht bereit, dass wir jetzt noch einmal hier alles aufmachen und dass die Stadt Graz jetzt noch einmal Mehrkosten dadurch hat (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Besten Dank. Wir haben jetzt 13.22 Uhr, die Fragestunde ist jetzt um, die restlichen Fragen werden, wie immer, schriftlich an die Fragesteller:innen beantwortet werden.

Ende Fragestunde: 13.22 Uhr